

## **20. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung Wiesbaden, vom 28. bis 30. April 1969**



Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht  
Dr. Josef Peter Haas, Bochum  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für  
Steuerrecht e.V. und des Instituts für Steuerrecht der  
Rechtsanwaltschaft e.V. seit Gründung bis 18. Oktober 1964 †.

### **Einige Überlegungen zum Verhältnis Anwaltschaft und Steuerrecht unter Berücksichtigung der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht und des Instituts für Steuerrecht der Rechtsanwaltschaft in den letzten zwanzig Jahren**

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Franz Josef Haas, Bochum

#### Einleitung

- I. Anwaltschaft und Steuerrecht
  1. Anwalt und Steuerberatung
  2. Steuerrecht und juristische Ausbildung
  3. Anwalt und besondere Aufgaben im Steuerrecht.
- II. Verwirklichung der Mitarbeit im Steuerrecht, dargestellt am Beispiel der Gestaltung der Steuerrechtlichen Jahresarbeitstagungen.

## **Aktuelle Fragen der Finanz- und Steuerpolitik**

Ministerialdirigent Dr. Lorenz Wolkersdorf, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Rückblick auf die Finanzpolitik des Bundes seit 1966
  1. Ordnung des Bundeshaushalts
    - a) Ausgleich des Bundeshaushalts 1967
    - b) Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes für die Jahre 1967-1971
  2. Bekämpfung der konjunkturellen Abwärtsbewegung durch Maßnahmen der antizyklischen Finanzpolitik in 1967
  3. Institutionalisierung der antizyklischen Finanzpolitik durch das am 14. Juni 1967 in Kraft getretene Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
  4. Steuerpolitische Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung
- II. Aktuelle Fragen der Finanz- und Steuerpolitik
  1. Bekämpfung der Boom-Erscheinung in 1969 durch Maßnahmen der antizyklischen Finanzpolitik
    - a) Die Beschlüsse der Bundesregierung vom 18. März 1969
    - b) Die Beschlüsse der Bundesregierung vom 14. Mai 1969
  2. Finanzpolitik als Teil einer zukunftsorientierten Wachstums- und Strukturpolitik
    - a) Mittelfristige Finanzplanung des Bundes für die Jahre 1968-1972
    - b) Die Finanz- und Steuerpolitik als Instrument der sektoralen und regionalen Strukturpolitik
  3. Die Steuerpolitik im Dienst der Wirtschaftspolitik
    - a) Organschaftsgesetz und Umwandlungsteuergesetz
    - b) Steueränderungsgesetz 1969
  4. Finanz- und steuerpolitische Reformen
    - a) Finanzreform
    - b) Haushaltsreform
    - c) Umsatzsteuerreform
    - d) Steuerreform-Kommission

## **Neue Verfassungsfragen der Wirtschaftslenkung durch Abgaben**

Professor Dr. Hans Spanner, München

- I. Einleitung
- II. Das Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs und das Absicherungsgesetz
- III. Rechtsschutz gegenüber EWG-Recht
- IV. Die beabsichtigte Änderung der §§ 78 und 79 BVerfGG

## **Einige Zweifelsfragen zur ertragsteuerlichen Abgrenzung unterschiedlich behandelter Bereiche und Einkünfte in der neuen Rechtsprechung des BFH**

Senatspräsident am BFH, Dr. Rudolf Grieger, München

- I. Allgemeiner Überblick
  1. Die Verwaltung, Nutzung und Veräußerung von Vermögen
  2. Die verfassungsrechtliche Problematik der Steuervergünstigungen
  3. Die Bewertung des Grundvermögens
  4. Rechtstechnische und rechtspolitische Möglichkeiten der steuerlichen Behandlung von Veräußerungsgewinnen
  5. Übersicht über die folgenden Ausführungen
- II. Die Verwaltung, Nutzung und Veräußerung von Vermögen
  1. Die Verpachtung eines Gewerbebetriebes und einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens
  2. Der Erwerb, die Bebauung und die spätere Veräußerung von Grundstücken

3. Die Veräußerung von Grundstücken durch Land- und Forstwirte im besonderen
  4. Die Veräußerung von Wertpapieren, insbesondere Beteiligungen
  5. Die Einräumung von Grunddienstbarkeiten
- III. Die Abgrenzung der Vermögensarten bei Steuerpflichtigen mit Gewinneinkünften (notwendiges Privatvermögen, gewillkürtes und notwendiges Betriebsvermögen)
1. Verlustverlagerung in die Einkommenssphäre
  2. Schmuck
  3. Autoradio
  4. Schulden bei einem gemischtgenutzten Grundstück
- IV. Die Abgrenzung der Ausgabearten (Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben, nicht abzugsfähige Ausgaben)
1. Reisekosten
  2. Teilhaberversicherung
  3. Unfallversicherung
  4. Krankenversicherung, Krankentagegeldversicherung
  5. Unterhaltsleistungen

## Diskussion

Leiter:

RA DR. WARTNER, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Assessor DR. HARALD WEBER, Münster

- I. Zur Abgrenzung der betrieblichen, insbesondere der gewerblichen Sphäre von der privaten Sphäre
- II. Zum Nießbrauch
- III. Zur Betriebsspaltung
- IV. Zur GmbH & Co. KG
- V. Zur Verteilung einmaliger Entgelte für immerwährende Grundstücksrechte und zur passiven Rechnungsabgrenzung
- VI. Zur Abziehbarkeit von Reisekosten
- VII. Zu den Verfahren, die vor dem Großen Senat anhängig sind

## Aktuelle Fragen des Bilanzsteuerrechts, insbesondere das Verhältnis des Steuerrechts zum Handelsrecht

Bundesrichter Professor Dr. Hugo von Wallis, München

- I. Einleitung
- II. Die Steuerbilanz ist eine abgeleitete Handelsbilanz
- III. Die Ermittlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung
  1. Die Rechtsnatur der GoB
  2. Empirische Ermittlung oder Ergebnis wissenschaftlicher Forschung?
  3. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Gesetzesvorschriften des Handelsrechts
  4. Stellungnahme zu dem Urteil IV 63/63 vom 26. 3. 1968, BStBl II 1968, 527
- IV. Der Umfang des Betriebsvermögens
  1. Wird der Umfang der Steuerbilanz durch § 5 oder § 6 EStG bestimmt?
  2. Das gewillkürte Betriebsvermögen

## V. Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen

1. Betriebsausgaben
  - a) Zahlungen an unbekannte Empfänger
  - b) Ausgabe für Berufsverbände
2. Entnahmen
3. Betriebseinnahmen
4. Einlagen

## VI. Steuerfreiheit des Sanierungsgewinns und der Verlustabzug

## VII. Bewertung von Aktiv- und Passivposten

1. Bewertung von Grund und Boden und Gebäuden
2. Aktivierungspflichtiger Aufwand bei Abbruch und Neubau eines Betriebsgebäudes
3. Herstellungskosten bei Umlaufgütern
4. Anschaffungskosten junger Aktien
5. Rückstellung für den Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters

## VIII. Schlussbetrachtung

## Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht WERNER FRIEDRICH, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Gesonderte Aktivierung und Abschreibung von Gebäudeteilen
- II. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)
- III. Forderungsverzicht der Muttergesellschaft gegenüber ihrer Tochtergesellschaft
- IV. Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz
- V. Überführung von Wirtschaftsgütern in ausländische Betriebstätten
- VI. Wahlrecht bei der Passivierung von Schulden?

## Steuerbegünstigte Umwandlung

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Dr. Lilder Meyer-Arndt, Köln

1. Der Stand des Gesetzgebungsverfahrens
2. Die Konzeption des Entwurfs
3. Umwandlung auf eine GmbH & Co. KG
4. Aufgeschobene Verlustrealisationen
5. Aufgeschobene Teilwertabschreibungen
6. Drohende Vermögenseinbußen
7. Teilwertabschreibung auf eine Schachtelbeteiligung
8. Darf man in der Handelsbilanz die Buchwerte des einfließenden Vermögens zur Vermeidung eines Übernahmeverlustes aufstocken?
9. Das neue Gesetz wird einen Übernahmeverlust nicht anerkennen
10. Der Verlustvortrag droht zu erlöschen
11. Negative stille Reserven im Umwandlungsvermögen
12. Umwandlung im Konzern
13. Umwandlung auf ausländische Anteilseigner
14. Schlusskapitel: Was spricht für eine Inanspruchnahme des neuen Gesetzes?

## Diskussion

Leiter der Diskussion:  
Ministerialrat DR. HÜBL, BFM, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

1. Umwandlung auf eine GmbH & Co. KG
2. Wertverluste der an der umzuwandelnden Kapitalgesellschaft bestehenden Beteiligungen
3. Ausschüttungsbedingte Wertminderung einer Beteiligung
4. Buchgewinne bzw. -verluste bei der aufnehmenden Gesellschaft
5. Nichtberücksichtigung von Umwandlungsverlusten
6. Ausschluss von Verlustvorträgen
7. Umwandlung auf ausländische Gesellschafter
8. Umwandlung oder Beibehaltung der gewählten Rechtsform?
9. Übertragung der Wirtschaftsgüter einer deutschen Tochtergesellschaft auf eine inländische Zweigniederlassung ihrer Muttergesellschaft
10. Umwandlungsverlust durch Nichtauflösung des Geschäftswerts?
11. Behandlung von Pensionsrückstellungen zugunsten von Gesellschafter-Geschäftsführern einer Personengesellschaft
12. Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Grunderwerbsteuer

## Sacheinlagen und Sachentnahmen bei Personen- und Kapitalgesellschaften

Ministerialdirigent Dr. h. c. Rudolf Thiel, Landesfinanzministerium NRW, Düsseldorf

- A. Vorbemerkung
- B. Überführung von Sachgütern in ein Einzelunternehmen
- C. Einbringen von einzelnen Wirtschaftsgütern, Betrieben (Teilbetrieben) und Mitunternehmeranteilen in eine PersGes
- D. Sachentnahmen aus einer PersGes
- E. Einbringen von Betrieben (Teilbetrieben) und Mitunternehmeranteilen in eine KapGes
- F. Einbringen einzelner Wirtschaftsgüter in eine KapGes
- G. Ausgliederung von Betrieben (Teilbetrieben), Mitunternehmeranteilen und einzelnen Wirtschaftsgütern einer KapGes im Wege des Einbringens in eine PersGes oder eine KapGes (Tochtergesellschaft)
- H. Sachentnahmen aus der KapGes
- I. Realteilung einer KapGes

## Diskussion

Leiter der Diskussion:  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht CARL HERRMANN, Köln

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

## Die gesetzliche Regelung der Organschaft

Ministerialrat Dr. Leo Hübl, BFM, Bonn

- I. Zu den Voraussetzungen der Organschaft
  1. Die finanzielle Eingliederung
  2. Die mittelbare Beteiligung
  3. Die Mehrmütterorganschaft
  4. Die Organschaft zu einer inländischen Zweigniederlassung
- II. Die Grundentscheidungen und ihre Auswirkungen auf die Beurteilung von Einzelfragen
  1. Die interkonzernliche Gewinnverwirklichung
  2. Abschreibung auf die Organbeteiligung
  3. Verlustübernahme
  4. Verdeckte Gewinnausschüttungen
  5. Der Teilgewinnabführungsvertrag
  6. Das partielle Schachtelprivileg

## Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HORST ASSEYER, Bochum

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

1. Steuerliche Anerkennung der Organschaft bei Zwischenschaltung einer Holdinggesellschaft
2. Steuerliche Anerkennung der Organschaft zu einer geschäftsleitenden Holding als Organträgerin
3. Begründung eines Organschaftsverhältnisses im Laufe eines Wirtschaftsjahres
4. Organschaft zu einem Organträger mit Sitz und Geschäftsleitung in der DDR
5. Investitionsprämie nach dem Kohle-Anpassungs-Gesetz vom 15.5.1968 bei Organschaft
6. Begriff der Betriebstätte i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 S. 2 GewStG

## Aktuelle Fragen zum Vorsteuerabzug

Ministerialrat Felix Müller, BFM, Bonn

- A. Vorbemerkung
- B. Die abziehbaren Vorsteuern
  - I. Abzug der Steuern für Lieferungen und sonstige Leistungen
    1. Unternehmereigenschaft des Vorlieferanten oder Vorleisters
    2. Steuerausweis auf Gutschriften
    3. Offener Steuerausweis bei sog. Inenumsätzen
  - II. Abzug der Einfuhrumsatzsteuer
    1. Schwierigkeiten bei Ordergeschäften
    2. Sonderregelung bei Lohnveredelungen und Materialbeistellungen
  - III. Nachweis der Voraussetzungen für den Vorsteuerabzug
    1. Angaben in der Rechnung
    2. Schätzung der abziehbaren Vorsteuerbeträge
  - IV. Vorsteuerabzug bei Reisekosten
    1. Bei Einzelabrechnung
    2. Bei Anwendung von Pauschbeträgen
- C. Vom Abzug ausgeschlossene Vorsteuern
  - I. Vorsteuern, die mit späteren Umsätzen zusammenhängen
  - II. Vorsteuern, die mit nichtsteuerbaren Umsätzen zusammenhängen

#### D. Aufteilung der Vorsteuerbeträge

- I. Vorbemerkung
- II. Erleichterungen bei der Aufteilung der Vorsteuerbeträge
- III. Anordnung einer bestimmten Aufteilungsmethode durch das Finanzamt

#### Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. FLICK, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

1. Vorsteuerabzug ausländischer Unternehmen
2. Vorsteuerabzug durch gemeinnützige Vereine
3. Vorsteuerabzug durch Versicherungsunternehmen
4. Vorsteuerabzug bei unfreier Versendung
5. Vorsteuerabzug bei Bewirtung
6. Vorsteuerabzug bei Reisekosten
7. Vorsteuerabzug bei Vermietung und Verpachtung
8. Vorsteuerabzug bei Umwandlungsvorgängen
9. Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs
10. Anordnung einer bestimmten Aufteilungsmethode durch das Finanzamt
11. Errichtung eines zum notwendigen Betriebsvermögen einer KG gehörenden Gebäudes durch einen Kommanditisten

#### Fragen zum Absicherungsgesetz

Ministerialrat Fritz Sperling, BFM, Bonn

- I. Einleitung
- II. Entstehung, Sinn und Zweck des Gesetzes
  1. Die Einfuhrseite
  2. Das Verhältnis der Einfuhrvergütung zur Einfuhrumsatzsteuer
  3. Die Bemessungsgrundlage und Geltendmachung der Vergütung
  4. Die Rechtsnatur der Vergütung für die Einfuhr
  5. Sonderregelungen
- III. Die Ausfuhrseite
  1. Die Tatbestände der Sonderumsatzsteuer und ihr Verhältnis zueinander
  2. Schwierigkeiten bei Sachverhalten der kombinierten Ein- und Ausfuhr
  3. Das Verbringen zur gewerblichen Verwendung — Anleihetatbestand des alten Rechts
  4. Fragen zur Bemessungsgrundlage — Nebenkosten
  5. Sonderregelungen — Freihäfen
  6. Ausnahmen von der Sondersteuer
- IV. Entstehung der Steuerschuld und Verfahrensfragen
  1. Koppelung mit der Umsatzsteuer
  2. Formvorschriften
- V. Übergangs- und Billigkeitsregelungen
  1. Altverträge mit und ohne Preisabsprachen
  2. Hilfe zur Überwindung der Terminnot
  3. Die Billigkeitsregelung bei Verlusten
  4. Ausgleichsmaßnahmen außerhalb der Steuerkompetenz
- VI. Schlussbemerkung

## Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. FLICK, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Verbringung zur gewerblichen Verwendung
- II. Billigkeitsmaßnahmen

## Ausgewählte Fragen der europäischen Unternehmensbesteuerung

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Arnold Heining, Steuerreferent im Bund Deutscher Industrie, Köln

Einleitung

- I. Europa als Standort  
Belastungsvergleiche — Mehrwertsteuer und steuerlicher Grenzausgleich — Steuerlastvergleiche und Steuerpolitik
- II. Fortschritte in der Steuerangleichung  
Richtlinienentwürfe für eine grenzüberschreitende Fusion und ein internationales Schachtelprivileg zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft — Keine Betriebstättendiskriminierung — Mutter- und Tochtergesellschaften — Der „Ausländereffekt des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes“ — Auswirkungen auf die deutsche Körperschaftsteuerreform
- III. Die steuerliche Behandlung von Auslandsinvestitionen und ihrer Erträge

## Aktuelle steuerrechtliche Probleme der GmbH & Co.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. jur. Malte Hesselmann, Hamburg

1. Gewinnverteilung bei der GmbH & Co.
2. Behandlung der Geschäftsführergehälter
3. Behandlung von Aufsichtsrats- bzw. Beiratsvergütungen
4. Sind die GmbH-Anteile notwendiges Betriebsvermögen der GmbH & Co.?
5. Ist die GmbH & Co. kraft ihrer Rechtsform gewerbsteuerpflichtig?
6. Grunderwerbsteuerfragen bei Familiengesellschaften mbH & Co.
7. Konsequenzen der Verfassungsmäßigkeit des § 6 Abs. 1 Ziff. 4 KStG

## Renten, Unterhaltszahlungen und dauernde Lasten bei familienbezogenen Betrieben

Bundesrichter beim BFH Dr. Eberhard Stendel, München

- A. Einleitung — Übersicht
  - I. Problematik der Rentenbesteuerung im Allgemeinen
    1. Private und betriebliche Renten, Veräußerungs- und Versorgungsrenten
    2. Begriff des Rentenstammrechts
    3. Leibrente und dauernde Last
    4. Abzugsverbot des § 12 Nr. 2 EStG
  - II. Besondere Abgrenzungsschwierigkeiten bei familienbezogenen Betrieben
- B. Renten bei Übertragung von Vermögenswerten (Veräußerungsrenten i. w. S.)
  - I. Die Änderung der Rechtslage ab 1955
  - II. Weiterbildung der Rechtsprechung 1965 für private Betriebsübertragungen



- III. Betriebsübertragung gegen betriebliche Veräußerungsrente
  - IV. Übertragungen gegen private Unterhaltsrente
  - V. Offene Fragen
- C. Renten bei Beendigung der Tätigkeit (Typische Versorgungsrenten)
- I. Möglichkeiten der Zusage von Versorgungsrenten
  - II. Voraussetzungen der Anerkennung betrieblicher Versorgungsrenten
  - III. Steuerliche Behandlung
  - IV. Gewährung einer künftigen Gewinn- oder Umsatzbeteiligung
  - V. Berücksichtigung von Pensionszusagen:
    - 1. Grundsätzliches
    - 2. bei Personengesellschaften
    - 3. für Ehegatten
- D. Abzugsfähigkeit von Leistungen an Angehörige
- I. Arbeitsverträge
  - II. Pacht- und Darlehnsverträge
  - III. Bestellung eines Nießbrauchs
- E. Möglichkeiten einer Fortentwicklung der Rechtsprechung
- I. Abgrenzung von Leibrente und dauernder Last
  - II. Aufteilung von Unterhaltszahlungen in abzugsfähige und nicht abzugsfähige Teile
  - III. Grundsätzliche Probleme

## **Generationswechsel in der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft in Schenkung- und erbschaftsteuerlicher Sicht**

Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Reinhard Kapp, Hannover

- I. Einleitung
- II. Vorbereitende Maßnahmen zu Lebzeiten
  - 1. Güterstand
  - 2. Erbschaftsteuerversicherung
  - 3. Rechtsform
- III. Kooperation, Fusion, Liquidation
- IV. Unternehmertestament (Allgemeines)
- V. Übertragungsmaßnahmen zu Lebzeiten
  - 1. Einräumung von Beteiligungen
    - a) Steuerliche Gesichtspunkte
    - b) Sonstige Gesichtspunkte
  - 2. Übertragung des ganzen Unternehmens
    - a) Nießbrauch
    - b) Rente
- VI. Unternehmertestament (Einzelheiten)
  - 1. Kinder
  - 2. Ehefrau
  - 3. Form des Testaments
- VII. Testamentsvollstreckerkosten

## **Testamentsvollstreckergebühren u. ä. als Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten**

Rechtsanwalt Dr. jur. Jürgen Ebeling, Hannover

### Einleitung

- I. Freiwillige Vermögensverwaltung durch Dritte
  1. Verwaltung von Betriebsvermögen
  2. Verwaltung von Grundvermögen
  3. Verwaltung von Kapitalvermögen
- II. Dem Steuerpflichtigen aufgezwungene Vermögensverwaltung
  1. Begriff der aufgezwungenen Vermögensverwaltung
  2. Abzugsfähigkeit bei allen Einkunftsarten
  3. Abzugsfähigkeit in voller Höhe
- III. Einmalige und wiederkehrende Verwaltungskosten

### Zusammenfassung

## **Besondere Probleme des neuen Steuerstraf-, Ordnungswidrigkeiten- und Verfahrensrechtes**

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Hans Ehlers, Hamburg

- A. Materielles Steuerstrafrecht und Recht der Steuerordnungswidrigkeiten
  - I. Begriff des Steuervergehens — Rechtsquellen
  - II. Objektiver Tatbestand von Steuervergehen
    1. Steuerhinterziehung
    2. Vollendung und Versuch
    3. Teilnahme
    4. Die strafrechtliche Verantwortung des Steuerberaters
    5. Die übrigen Tatbestände
    6. Die Selbstanzeige
    7. Verfolgungsverjährung
  - III. Irrtumslehre
  - IV. Bußgeldtatbestände
    1. Leichtfertige Steuerverkürzung
    2. Übrige Steuerordnungswidrigkeiten
    3. §§ 10 und 26 OWiG
- B. Verfahrensrecht
  - I. Einleitung
  - II. Änderung des Strafverfahrens
  - III. Das steuerliche Bußgeldverfahren